

# Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe April 2018

## FRÜHJAHR'S-UND SOMMERPROGRAMM 2018 DER SPD FÜR OLSBRÜCKEN

Wie es in den vergangenen Jahren schon gute Tradition geworden ist, kamen die SPD-Fraktion im Ortsgemeinderat Olsbrücken und der Vorstand des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach im Beisein von Bürgermeister Harald Westrich zu ihrer Jahrestagung am 17. März 2018 zusammen. Man zog einerseits Bilanz über die Ergebnisse der SPD-Initiativen, die auch zum Teil in Übereinstimmung mit den anderen politischen Gruppierungen und örtlichen Vereinen standen und stehen, aus dem Vorjahr und entwickelte neue Vorstellungen für das Jahr 2018.

Zunächst zeigte man sich mit dem Erreichten durchaus zufrieden, obwohl einige Projekte noch nicht zu Ende gebracht werden konnten.

- So hat der Obst- und Gartenbauverein einige Blühwiesen gestaltet und wird 2018 noch weitere hinzufügen,
- Eine Vielzahl von Pflege- und Nistkästen wurden aufgehängt und auch gesäubert,
- Der 30km/h-Bereich um Schule und Kindergarten wurde eingerichtet,
- Bei der Nutzung des Dorfplatzes ist man auf Initiative der SPD-Fraktion übereingekommen, den Platz zu Parkzwecken den Bewohnern der Nachbarschaft anzubieten, wobei das Parkentgelt pro Platz und Monat 15 Euro betragen soll (der Ortsbürgermeister hat mittlerweile einen Aufruf zur Bewerbung um die Parkplätze gestartet); die Mitarbeiter der angrenzenden Betriebe sollen auch gegen Entgelt ein Parkrecht erwerben können,
- Die Feldwegesanierung ist begonnen worden, wobei noch eine Vielzahl von Maßnahmen zu erledigen sein werden,
- Bei der Breitbandversorgung nimmt man an der kreisweiten Ausschreibung teil.

Einige Projekte sind aber noch nicht abgeschlossen:

- Es sind zwar schon einige QR-Code-Tafeln, die über die entsprechende App mit dem Smartphone abgelesen werden können, installiert. Es fehlen aber noch die für die evangelische und katholische Kirche, die an der Neumühle und am Holzmann'schen Steinbruch. Ratsmitglied Rudi Hill will die Gestaltung der Tafeln in den nächsten Monaten in Angriff nehmen. Man war sich darüber einig, sich neuen QR-Code-Tafeln erst dann wieder zuzuwenden, wenn die früheren

- Projekte abgearbeitet sind. Das gilt auch für die Informationstafel am Kreissparkassengebäude,
- Die neue Friedhofsnutzungssatzung muss noch warten, bis sie mit der Verbandsgemeindeverwaltung abgestimmt ist,
- Der Ausbau der Straße „Am Waldhof“ ist zwar im Haushalt –teilweise- finanziert, doch stehen die Bauarbeiten noch aus.

SPD-Fraktion und SPD-Vorstand waren sich über neue Initiativen einig, als da insbesondere sind:

- Gebäudeleerstände sollten von einem sog. Leerstandsmanager betreut werden. Dieser sollte mit den jeweiligen Eigentümern der Immobilien sprechen und helfen Lösungen/Vermarktungen zu finden,
- Wörsbacher Straße: Nach den Erfolgen, die die Bürgerinitiative unter Beate Walter hatte, bleiben noch einige weitere Aufgaben -
- Es wäre tunlich, noch einen weiteren Poller auf dem Bürgersteig im Bereich der Engstelle zu setzen,
- Um die Einhaltung der 30km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung zu sichern, sollte es zu unregelmäßigen Geschwindigkeitskontrollen kommen. Bürgermeister Westrich sagte solche zu, so es technisch an dieser Stelle möglich ist (man braucht etwa einen 50 Meter annähernd geraden Straßenverlauf),
- Es soll eine Tafel, die die gefahrene Geschwindigkeit anzeigt, auf der Wörsbacher Straße angebracht werden; auch dies sagte Bürgermeister Westrich zu (sie ist zwischenzeitlich schon installiert),
- Das Umfeld des Schulhofes zur B270 hin gleicht einer „Steinwüste“. Die SPD möchte hier mehr Begrünung (Büsche, Sträucher, Pflanzen, kleine

Bäume). Auf Grund der Eigentumsverhältnisse sind Ortsgemeinde und Verbandsgemeinde in der Pflicht. Allerdings könnte man sich vorstellen, dass die Ortsgemeinde allgemein in der Flächenbetreuung aktiv werden könnte,

- In der Feldwegesanierung sind einige Arbeiten dringend und vorrangig, nämlich:
- Der Weg zum Hundeplatz ist zwischen dem geteerten Teil und dem Hundeplatz in einem miserablen Zustand. Da dieser Weg Teil des neuen Rad/E-Bike- Höhenweges in der Verbandsgemeinde ist, muss er vorrangig saniert werden. Dies gilt auch für den Wegteil, der zu Schallodenbach gehört. Hier muss mit der Ortsgemeinde Schallodenbach Kontakt aufgenommen werden,
- Der Feldweg an der Oppensteiner Mühle Richtung Hundeplatz bedarf ebenso der Erneuerung. Dies ist wichtig, weil er ein Wanderweg ist,
- Die Verlängerung der Hebelstraße zum Waldeck

- dort sind tiefe Ausbrüche, die dringend repariert werden müssen, um Gefahren für die Spaziergänger abzuwenden,

Inzwischen hat die SPD-Fraktion einen Antrag an den Ortsgemeinderat gestellt, in dem die Sanierung der drei Feldwege gefordert wird,

- Nach wie vor ein Thema ist die Umgehungsstraße. Die SPD setzt sich weiter mit allen politischen Kräften, auch gemeinsam mit der Bürgerinitiative, für die Verwirklichung ein,
- Neu ist die Herausforderung, den Zustrom zur neuen Bauschuttdeponie bürgerfreundlich zu kanalisieren. Hier wird sich die SPD intensiv einsetzen (siehe auch den Artikel an anderer Stelle in dieser Ausgabe).

**Also: Es ist sehr viel erreicht, aber auch noch sehr viel zu tun!**

**Packen wir es an!**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Bundespräsident Steinmeier hat bei der Amtseinführung der neuen Bundesregierung dieser ins Stammbuch geschrieben, sich für den **Erhalt der liberalen Demokratie** einzusetzen. Er sieht weltweit Gefahren für den Bestand der Demokratie. **Recht hat er!**

Auch wenn diese Gefahren in Deutschland noch nicht so ausgeprägt sind, so sind, auch und insbesondere in Europa, die Gefahrenzeichen augenfällig. Und das Thema ist viel zu wichtig, als dass man einfach nur zuwarten könnte.

Weltweit steht die Demokratie unter Druck. Da sind natürlich viele despotische Staaten in Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika. Da sind aber auch große Staaten mit einem gewaltigen Demokratiedefizit, wie China und Russland. Da ist aber auch ein Staat, der die Wiege der modernen Demokratie ist: die USA. Deren Präsident hat ein gebrochenes Verhältnis zu den Gerichten, zu den Rechtsverfolgungsbehörden, zu den Minderheiten, zu seinen ausländischen Partnern. Natürlich besteht die Demokratie dort weiter, aber Gefahrentendenzen sind auch dort erkennbar. Aber auch in Europa! Staaten wie Malta, die Slowakei, Rumänien, viele Balkanstaaten, mit Abstrichen auch Bulgarien haben eine korrupte, vielleicht auch kriminelle Regierung. In anderen europäischen Staaten versucht eine Regierung mit allen Mitteln andere Denkende auszuschalten, wie in Ungarn, Polen und der Türkei. Und weitere Staaten haben und hatten Schwierigkeiten eine Regierung zu bilden, wie Spanien, die Niederlande und auch Deutschland.

Das ist ein deutliches Menetekel, es sind deutliche Zeichen an der Wand! **Wehren wir den Anfängen!** Die Demokratie ist ein so hohes Gut für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Schutz vor staatlicher Willkür und vieles andere mehr. Das dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. **Denn ist die Demokratie erst mal verloren, dann kann man sie nur unter großen Schwierigkeiten und unter immensen, auch persönlichen Opfern wiedergewinnen!**

Halten wir uns an das historische Wort Winston Churchills, der durchaus kritisch gegenüber einzelnen Erscheinungsformen der Demokratie war:

**„Von den vorhandenen schlechten Staatsformen ist die Demokratie noch die beste!“**

#### **IMPRESSUM:**

**Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.**

**Auflage dieser Ausgabe: 660**

**Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)**

## IST BAHNTRANSPORT EINE LÖSUNG?

**Die Situation um die Neuanlage einer Bauschuttdeponie im stillgelegten Steinbruch Kreimbach-Kaulbach gewinnt Konturen. Für unsere Region soll nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens, das die SGD-Süd führt, die Errichtung einer Bauschuttdeponie in Angriff genommen werden (die „Dorfschell“ berichtete in ihrer Februarausgabe darüber).**

Die SPD-Fraktion im Ortsgemeinderat Olsbrücken und der Vorstand des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach sprachen während ihrer Jahrestagung mit Bürgermeister Westrich über dieses Problem. Westrich bestätigte, dass ursprünglich die Lautertal-kommunen des Landkreises Kaiserslautern nicht von der SGD-Süd im Verfahren eingebunden waren. Auf Widerspruch/Beschwerde der Verbandsgemeindeverwaltung hin habe die SGD-Süd nunmehr die Beteiligungsmöglichkeit hergestellt und der Verbandsgemeindeverwaltung die einschlägigen Unterlagen zugeleitet. Diese werden zurzeit gesichtet und geprüft.

Die SPD vor Ort und der Bürgermeister waren sich einig, dass in der Tat die Notwendigkeit für eine Bauschuttdeponie in unserer Region besteht, um den großen Mengen Bauschutt Herr zu werden. Einig war man sich auch, dass der stillgelegte Steinbruch hierfür geeignet ist. Hat er doch die benötigten Geräte und die erforderlichen Flächen zur Verfügung. Einig war man sich aber auch, dass durch die neue Bauschuttdeponie Abgas- und Lärmbelastigungen auf die Bürgerinnen und Bürger im Lautertal, also auch in Olsbrücken, zukommen werden, die so gering wie möglich zu halten sind. Dabei liegt die Hauptbelastung in dem gesteigerten LKW-Transportverkehr; denn durch diesen wird eine große Menge CO<sub>2</sub> und Lärm verursacht.

Hinsichtlich der Anzahl der LKW-Fahrpaare (Beladen- und Leerfahrt) gibt es einerseits eine Verschlechterung und andererseits eine Verbesserung gegenüber den Annahmen, die die „Dorfschell“ in ihrer Februarausgabe berichtet hat. Einerseits erhöhen sich die Fahrzyklen, darauf hat uns ein aufmerksamer Olsbrücker „Dorfschell-Leser“ hingewiesen, weil das LKW-Gewicht zwar 40to beträgt, aber darin ein LKW-Eigengewicht von 13to enthalten ist, so dass die mögliche Zuladung nur ca. 27to beträgt. Dies bedeutet: Die Gesamtfahrten erhöhen sich bei 300000 Jahrestonnen zu transportierendem Bauschutt auf über **22000 im Jahr** und bei 200 Arbeitstagen im Jahr auf **110 Fahrten pro Arbeitstag**. Andererseits, darauf wies Bürgermeister Westrich hin, kommt das Material nicht nur aus Richtung Kaiserslautern, sondern auch **aus Richtung Lauterecken und aus dem Odenbachtal**. Die Fahrten aus Richtung Lauterecken und aus dem Odenbachtal berühren Olsbrücken nicht. Allerdings weiß man im Moment nicht, in welchem Verhältnis die jeweiligen

Fahrten zueinander stehen, weil die Herkunftsschwerpunkte des Bauschutts noch nicht feststehen. Rechnerisch sollte man zunächst von der Gleichwertigkeit aller drei Strecken ausgehen. Deshalb müsste man –rein rechnerisch– in Olsbrücken ca. **7300 Fahrten im Jahr, also arbeitstäglich ca. 35-40 Fahrten zusätzlich erwarten**.

**Das ist immer noch viel zu viel! Sind wir doch schon jetzt jenseits der Grenze des Erträglichen!**

Es gibt zwei Möglichkeiten, wie SPD Fraktion und SPD-Vorstand sowie Bürgermeister Westrich über-einkamen, wie man sich dem Problem nähern kann:

1. **Die Umgehungsstraße** muss schnellstmöglich gebaut werden. Insoweit wird die SPD alle Bemühungen –auch die der Bürgerinitiative– mittragen und unterstützen. Aber: **Die Verwirklichung wird wohl noch Jahre dauern und die Umgehungsstraße wird wohl noch nicht zum Zeitpunkt des Transportbeginns gebaut sein.**

2. **Die Bauschuttmengen könnten mit der Bahn transportiert werden.** Dies ist möglich, weil die Bahnlinie existiert und Fahrkapazitäten vorhanden sind. Geht man davon aus, dass ein Waggon ca. drei LKW-Ladungen aufnehmen kann – geschätzt, wären das arbeitstäglich ca. 6 Waggons. Eine Anzahl, die realistisch erscheint, denn der Zug könnte jede Verladestation einmal anfahren, weil er zwischendurch in Kreimbach-Kaulbach entladen könnte. Für Transporte aus dem Odenbachtal wäre das wegen Unerreichbarkeit der Bahnstrecke wohl keine Lösung.

Andererseits werden die Transporte durch die Nutzung der Bahn verteuert werden. Müssen doch Umladestationen in Kaiserslautern und Lauterecken gebaut werden, muss der Bauschutt mindestens zweimal umgeschlagen werden, nämlich an der Verladestation und am Steinbruch. Es ist deshalb zu erwarten, dass Anlagenbetreiber und Transporteure diese Lösungen ablehnen und alle möglichen Hinderungsgründe ins Feld führen werden.

Dennoch erscheint es im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die im Bereich der B270 wohnen, unbedingt notwendig, die Möglichkeit des Bahntransportes zu prüfen und voran zu treiben. Gegebenenfalls muss entsprechender politischer Druck aufgebaut werden.

**Deshalb wird die SPD-Fraktion einen Antrag auf Verabschiedung einer Resolution in den Ortsgemeinderat in Olsbrücken einbringen, in der die**

### **ergebnisoffene Prüfung eines Bahntransportes gefordert werden wird.**

Bürgermeister Westrich hat seinerseits in Aussicht gestellt, die Prüfung der Möglichkeit des Bahntransportes im sogenannten Verfahren nach dem Bundesimmissionschutzgesetz bei der Kreisverwaltung Kusel einzubringen.

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie sehen, dass wir es mit einem äußerst ernstem und folgenschweren Problem zu tun haben.

**Wir müssen sehr aufmerksam sein und uns schon frühzeitig zur Wahrnehmung unserer Interessen einbringen!**

### **DIE SPD NACH DEM MITGLIEDERENTSCHIED**

**Die SPD hat aufregende und spannende Zeiten hinter sich. Der Mitgliederentscheid – Teilnahme an der großen Koalition oder nicht- hat die SPD-Mitglieder stark bewegt.**

Es gab heftige und intensive Diskussionen, in denen das Für und Wider gegenübergestellt wurde. Die Debatten, an zweien hat der Verfasser selbst teilgenommen, waren zwar kontrovers aber absolut fair. Beachtlich, aber auch dem Thema angemessen, war die Wahlbeteiligung von ca. **76%**. Das Ergebnis mit 66% pro Große Koalition ist eindeutig, aber auch verpflichtend. Wenn sich 66% für die Groko entschieden haben, waren 34% dagegen und das nicht aus bloßer Missgunst, sondern mit durchaus nachvollziehbaren Argumenten.

Der Sache wird die SPD nur gerecht, wenn auch tatsächlich die im Koalitionsvertrag vereinbarten Projekte umgesetzt werden und das auch zügig. Denn: Diejenigen, die für die Groko gestimmt haben, haben das überwiegend getan, weil die im Koalitionsvertrag vereinbarten Projekte ganz deutliche sozialdemokratische Züge tragen. Sie wollen diese umgesetzt haben. Und die überstimmte Minderheit hat einen Anspruch darauf, dass das, was Grundlage der Mehrheitsentscheidung war, auch Wirklichkeit wird.

Liebe Leserinnen und Leser,

aber auch Sie sollten auf die Einhaltung des im Vertrag Vereinbarten achten. Der Vertrag enthält näm-

lich Lösungen für viele Probleme des Alltags. Insbesondere in den Bereichen: **Gesundheit/Pflege, Altenversorgung/Grundrente, Familien/Kinder, Steuern, Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnen, Sicherheit.** Für die weiteren Einzelheiten sehen Sie bitte in die Februarausgabe der „Dorfschell“. Wenn Sie sich diesen Katalog ansehen: **Etwas von dem betrifft auch Sie!**

Also: Achten Sie, gemeinsam mit den SPD-Mitgliedern, auf die Einhaltung des Koalitionsvertrages. Erheben Sie Ihre Stimme, wenn Sie den Eindruck haben, es wird etwas zerredet, es wird etwas verschleppt, es wird etwas auf den „Sankt-Nimmerleins-Tag“ verdrängt. Die Möglichkeiten, die Sie haben sind vielfältig: Es gibt die sozialen Netzwerke, schreiben Sie an Ihre Abgeordneten, schließen Sie sich gegebenenfalls zu einer Initiative zusammen oder, für uns besonders wichtig, wenden Sie sich an unseren SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach.

Der SPD-Ortsverein wird die Einhaltung des Vertrages kritisch beobachten und wenn etwas schief laufen sollte, sich deutlich melden.

### **TELEKOM VERSORGT FRANKELBACH MIT BREITBAND**

**Neues und Erfreuliches aus dem Bereich Breitbandausbau in Frankelbach: Nach Auskünften von Bürgermeister Westrich und Ortsbürgermeister Spohn wird die Telekom Deutschland bis spätestens Ende Februar 2019 den Breitbandausbau in Frankelbach so weit vorangetrieben haben, dass jeder Nutzer zwischen 30 und 50 MB zur Verfügung haben wird.**

Die Telekom will in einigen Orten im Landkreis Kaiserslautern, in denen sie schon Leerrohre liegen hat, auf eigene Rechnung Glasfaserkabel verlegen. Das gilt auch für Frankelbach. Dabei geht sie davon aus, dass sie eigenwirtschaftlich handeln kann. Das bedeutet: Die Internetversorgung ist so kostengünstig, dass sie der Telekom ohne öffentliche Zuschüsse Gewinn bringen wird. Das hat für Frankelbach zwei Vorteile:

- Zum einen kommt das schnelle Internet schneller

nach Frankelbach, als wenn man, wie ursprünglich beabsichtigt, an der Gesamtausschreibung des Landkreises Kaiserslautern teilnähme,

- Zum anderen kommt das Engagement der Telekom die Ortsgemeinde finanziell deutlich günstiger, spart sie doch ihren Eigenanteil von rund 6500 Euro, den sie beim Verbleiben in der kreisweiten Ausschreibung hätte leisten müssen

**Wenn es denn alles so kommt, hätten alle etwas davon: Es geht schneller und wird billiger!**